
Joachim Grossert

**Die Ereignisse
um den
17. Juni 1953
im Kreis Bernburg**

Herausgeber: Landkreis Bernburg

Dieser Aufsatz entstand in Vorbereitung des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR

Der Autor dankt allen, die mit sachdienlichen Hinweisen am Zustandekommen dieser Schrift mitgewirkt haben, insbesondere Herrn Kreisoberpfarrer Karl-Heinz Schmidt

© Landkreis Bernburg
Juni 2003

INHALT

Zum Geleit	2
Ursachen, Hintergründe	3
<i>Landwirtschaft und Versorgungslage</i>	<i>4</i>
<i>Der Kampf gegen die „Junge Gemeinde“</i>	<i>5</i>
Die Tage von der Verkündung des Neuen Kurses bis zum 16. Juni .7	
Mittwoch, 17. Juni 1953 – Gespannte Stimmung.....	8
Donnerstag, 18. Juni 1953 – Der Höhepunkt der Unruhen im Kreis 10	
<i>Sodawerke Bernburg</i>	<i>10</i>
<i>Kaliwerk Gröna.....</i>	<i>13</i>
<i>Kaliwerk Friedenshall.....</i>	<i>13</i>
<i>Flanschenwerk Bebitz</i>	<i>14</i>
<i>Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises Bernburg</i>	<i>14</i>
<i>Sonstiges.....</i>	<i>14</i>
Freitag, 19. Juni 1953.....	15
Sonnabend, 20. Juni 1953	16
Die folgenden Tage bis Ende Juli 1953	17
<i>Belegschaftsversammlungen</i>	<i>17</i>
<i>Ausnahmezustand.....</i>	<i>17</i>
<i>Schüsse</i>	<i>17</i>
<i>Kaliwerk Friedenshall.....</i>	<i>17</i>
<i>Kreisfriedensrat.....</i>	<i>18</i>
<i>Flugblätter und Parolen.....</i>	<i>19</i>
<i>Neue Probleme</i>	<i>19</i>
<i>Auf dem Lande.....</i>	<i>20</i>
<i>Der Reflex der Ereignisse im Kreis Bernburg in der Presse</i>	<i>20</i>
Personelle Konsequenzen von Max Sack bis Erich Streber	21
Ein Jahr danach	24
Zwei Bernburger in Berlin	25
<i>Hermann Henselmann (1905-1995).....</i>	<i>25</i>
<i>Hilde Benjamin (1902-1989).....</i>	<i>26</i>

Zum Geleit

Jubiläen geben Anlass, etwas genauer hinter Ereignisse zu schauen, Persönlichkeiten zu würdigen und Geschichte aufzuarbeiten. Erstmals in Ostdeutschland konnte 1993 zum 40. Jahrestag der DDR-Volksaufstand umfassend thematisiert werden, jenes Ereignis, das für die SED-Machthaber bis zur Implosion ihrer Diktatur im November 1989 ein Stigma war. Aber die gewaltigen aktuellen Veränderungen, die die Menschen in den „Fünf Neuen Bundesländern“ zu jener Zeit zu bewältigen hatten, verhinderten ein allgemeines Interesse an diesem Thema, geschweige denn eine umfassende und flächendeckende historische Aufarbeitung. Wohl waren in der Bundesrepublik durch die große Zahl von Flüchtlingen in Folge des 17. Juni die Ereignisse gut bekannt, dokumentiert und publiziert, aber die Menschen im Osten konnten sich in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts lediglich über ARD und ZDF ein Bild über das Geschehen machen. Nun endlich soll auch die Frage beantwortet werden: Beschränkte sich der Volksaufstand nur auf die bekannten Zentren, d.h. für Sachsen-Anhalt v.a. Bitterfeld, Halle, Magdeburg, das Mansfelder Land? Waren die Menschen in der „Provinz“ passive Beobachter der Ereignisse, war hier „nichts los“?

Seit 1990 erschienen bemerkenswerte Chroniken von Dörfern und Städten im Landkreis Bernburg. Endlich konnten die Ortschronisten ihre aufopferungsvolle Arbeit und eminent wichtigen Forschungsergebnisse publizieren ohne vorgegebene ideologische Tendenz und ohne Zensur. Genannt seien nur beispielsweise die Ortsgeschichten von Hans Friedrich (Belleben), Brigitte Haberland (Alsleben), Dr. Volker Ebersbach (Bernburg) und Dr. Hans Joachim Kessler (Güsten). All diese Publikationen haben bleibenden Wert. Jedoch wird – jeweils in unterschiedlichem Grade – auch deutlich, dass die neuere Geschichte, namentlich die der DDR, noch längst nicht erschöpfend erforscht ist. Das Thema „17. Juni“ beispielsweise wird jeweils nur mit wenigen Sätzen erwähnt.

In Absprache mit der Stadt Bernburg (Saale) unternahm der Landkreis Bernburg zur Vorbereitung der 50-Jahr-Feier des Volksaufstandes historische Forschungen hauptsächlich an den Akten der SED-Kreisleitung, des Volkspolizei-Kreisamtes und weiterer Organisationen, die im Landeshauptarchiv, Abteilung Merseburg, lagern. Im Folgenden kann nun ein Überblick über die Unruhen im Sommer 1953 im Kreis Bernburg gegeben werden. Es wird erstmals berichtet von aufrechten Frauen und Männern, deren Namen sich wieder in das Gedächtnis der heute Lebenden einprägen sollten, vom Drang nach politischer Veränderung, von Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, aber auch vom Agieren der damals im Kreis Mächtigen, von Intrigen und Lügen. Auch im Kreis Bernburg musste die Nomenklatura um ihre Macht bangen. Scheinbar gingen sie als Sieger aus den Unruhen hervor – scheinbar. Die Aktivsten der Oppositionsbewegung im Kreis Bernburg von 1953 wurden ins Gefängnis gesperrt, aus ihrem Beruf entlassen und „degradiert“, sie flohen in „den Westen“ oder verstummten – jetzt – da sie zum größten Teil bereits verstorben sind - soll Ihnen historische Gerechtigkeit wiederfahren. Mögen viele die Abhandlung über den 17. Juni 1953 im Kreis Bernburg mit Gewinn lesen – und mögen die Ortschronisten die folgenden Informationen zum Anlass nehmen für weitergehende Forschungen über das Schicksal der dargestellten Personen.

Ulrich Gerstner, Landrat

Ursachen, Hintergründe

Sommer 1953. Acht Jahre waren vergangen, als der Nationalsozialismus mit einer in der Weltgeschichte noch nie da gewesenen Vernichtung von Menschen, materiellen und ideellen Werten die politische Macht in Deutschland abgeben musste. West- und Ostdeutschland entwickelten sich seither – entsprechend den gesellschaftlichen Systemen ihrer Besatzungsmächte - diametral auseinander. Drüben der Aufbau einer demokratischen Ordnung, Marshall-Plan und beginnendes Wirtschaftswunder – hier die diktatorische Herrschaft einer sich als allwissend gebärdenden „Einheitspartei“, Reparationen und Entschädigungsleistungen an die Sowjetunion und Rückgang des Versorgungsniveaus. Beide Gesellschaftsmodelle verstanden sich selbst als die einzige Alternative zur Katastrophe des Nationalsozialismus. Die SED-Mächtigen hatten „Demokratie“ im Landesnamen verankert, aber demokratische Wahlen und Mitbestimmung waren nicht möglich; die USA und die Bundesrepublik – so agitierten sie – wären gleichsam die Fortsetzung des Faschismus. (Der Bernburger Wilhelm Trebing – der Linksaußen der Kommunalpolitiker - formulierte folgerichtig in der „Freiheit“ 1955, dass Bernburg am 4.7.1945 vom Faschismus befreit wurde: er meinte den Tag, an dem entsprechend des Potsdamer Abkommens die Besatzungsmacht von den USA an die Sowjetunion überging.)

Im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht an den Schulen der DDR wurde die II. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 als ein besonders markantes Ereignis dargestellt, weil hier der Aufbau des Sozialismus beschlossen worden war. Angeblich ging es von nun an planvoll und erfolgreich voran auf dem Weg in die lichte Zukunft des Kommunismus. Auch aus heutiger Sicht bleibt die Parteikonferenz ein einschneidendes historisches Ereignis – als Beginn einer Orgie von Zwangmaßnahmen, die getreu der Stalinschen Lehre der „Revolution von oben“ ohne Rücksicht auf Interessen und Stimmungen „von unten“ durch immer neue, weitreichende und z.T. inhumane Entscheidungen durchgesetzt wurden. Die Länder und die dazugehörigen Parlamente wurden aufgelöst, Legislative und Judikative befanden sich vollends im Dienst der Exekutive. Enteignungen, immer längere Inhaftierungen für immer nichtigere Anlässe, eine katastrophale Versorgungslage, beginnende Remilitarisierung und mit all dem verbunden eine stetig steigende Zahl von Flüchtlingen von Ost nach West – das waren die für jeden spürbaren Auswirkungen des ersten Jahres des Aufbaus des Sozialismus. Nicht das MfS und auch nicht der westdeutsche Geheimdienst (eine Parallele zum Herbst 1989!), sondern die Machthaber in der Sowjetunion unter Stalins Nachfolger und vormaligem Geheimdienstchef Berija bemerkten als erste die möglichen gefährlichen Konsequenzen dieser harten SED-Politik. Ulbricht, Grotewohl und Oelsner wurden in den ersten Juni-Tagen 1953 nach Moskau bestellt und energisch zur Kurskorrektur vergattert. Am 9. Juni bereits verkündete das Politbüro dann auch die Politik des „Neuen Kurses“, durch den die größten Fehlentscheidungen der bisherigen „Revolution“ rückgängig gemacht wurden, z.B. sollte nun die Konsumgüterindustrie zuungunsten der Schwerindustrie entwickelt werden, sollten der Kirchenkampf beendet und enteignete Großbauern ihre Wirtschaften zurückerhalten können. Der Kredit der SED war aber bei der Bevölkerung bereits aufgebraucht, zumal der „Neue Kurs“ die letzte beschlossene restriktive Maßnahme vom 14. Mai 1953, republikweite Normerhöhungen um mindestens 10%, d.h. Lohnkürzungen um mindestens 10%, nicht zurücknahm. Als dies durch einen Artikel in der „Tribüne“, dem Organ des FDBG, das in allen Betrieben kostenlos zu lesen war, vom 16. Juni 1953 bekräftigt wurde, demonstrierten die Ostberliner Bauarbeiter vor dem Haus der Ministerien, wurde erstmals zum Generalstreik aufgerufen. Da in Bernburg wie in allen anderen Gegenden der DDR vor allem RIAS gehört wurde (Fernsehen gab es noch nicht), war nun allgemein bekannt, dass die Macht der SED zu wanken begann – der 17. Juni konnte beginnen.

Zunächst jedoch eine kurze Schilderung der Situation im Kreis Bernburg vor dem Volksaufstand in zwei gesellschaftlichen Bereichen, der Landwirtschaft und der Kirche.

Landwirtschaft und Versorgungslage

Weithin unbekannt ist die Rolle der Landwirtschaft für die Destabilisierung der politischen Lage in der DDR ab Anfang 1953. Allerdings kommt ihr eine Schlüsselrolle zu. 1952 gab es eine republikweite Missernte, durch die eine Lockerung des Zuteilungssystems über Lebensmittelmarken illusorisch wurde und Lebensmittel im freien Verkauf nur zu horrenden Preisen zu haben waren. Für die Politbürokraten waren die Ursachen für die schlechten Ernteergebnisse schnell ausgemacht: es waren die Großbauern¹, die nach der Bodenreform 1945 immer noch die größten Wirtschaften besaßen – damals war aller Grundbesitz von mehr als 100 ha entschädigungslos enteignet worden. Die durchschnittliche Größe der neu entstandenen Neubauernhöfe betrug 8,1 ha.² Am 19. Februar 1953 erließ der Ministerrat die „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung“³. Schon in der Präambel wurde unmissverständlich konstatiert, dass „eine Anzahl Besitzer von großen Bauernwirtschaften ihre Betriebe heruntergewirtschaftet [haben], um der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik Schaden zuzufügen“. Nach §1 dieser Verordnung genügte bereits ein Beschluss des Rates des Kreises, dass Bauern die Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes untersagt werden konnte, wobei der Grundbesitz dann in die Verwaltung des Rates des Kreises überging. Ein Flächenbrand war die Folge. Großbauern wurden zu jahrelanger Haft wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls verurteilt oder flohen in den Westen. Ein Beispiel aus dem Kreis Bernburg: Zwischen 1952 und 1954 gingen allein aus Belleben 4 Altbauern und 2 Neubauern in die BRD.⁴ Dass damit ein Großteil des Sachverstandes der Landwirtschaft verlustig ging, war den Politbürokraten kein Nachdenkenswertes – sie gedachten wohl, die Erträge allein durch politische Überzeugung zu steigern. Die Versorgungslage verschlechterte sich immer mehr. Schon ein stabiles Angebot von Brot und Butter, Marmelade und Hülsenfrüchten (gegen Marken) galt als Erfolg und beschäftigte die monatlichen Berichte der Parteikreis- und -bezirksleitungen.

Kurz vor der II. Parteikonferenz waren die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gegründet worden. Die erste im Kreis Bernburg entstand am 11. Juni 1952 in Haus Zeitz (Belleben)⁵. Es folgten in kurzer Zeit in vielen Dörfern derartige mehr oder weniger freiwillige Zusammenschlüsse von kleinen Bauernwirtschaften. Die erhoffte Produktivitätssteigerung blieb jedoch aus.

Wie unerträglich die Versorgungssituation mit Grundnahrungsmitteln gewesen sein muss, zeigt eine „Empfehlung“ des Politbüros (mit anschließendem Beschluss des Ministerrates) vom 9. Juni 1953 („Neuer Kurs“), nach der die enteigneten und geflüchteten oder inhaftierten Großbauern unter bestimmten Umständen ihre Wirtschaften wieder zurückerhalten konnten. In den Dörfern des Kreises Bernburg führte diese Entscheidung zu großer Unruhe. In einigen Gemeinden wurden die noch ortsansässigen Großbauern rasch aktiv, und der Dorfpolizist meldete fleißig an das VP-Kreisamt und dieses wiederum an die Bezirkbehörde der DVP. So wird uns heute aus den Akten bekannt, dass am 13. Juni 1953 in Strenznaundorf und Könnern die Alteigentümer ihre ehemaligen Wirtschaften betraten und die LPG-Bauern be-

¹ Als Großbauern zählten Eigentümer von 20 bis 100 ha LNF; zum Thema: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. – Münster-Hiltrupp, 1992

² Meyers Neues Lexikon in acht Bänden. – Leipzig, 1961. – Bd. 1, S. 894

³ Gesetzblatt der DDR 1953, Nr. 25, S. 329

⁴ Friedrich, Hans: Belleben : ein heimatgeschichtlicher Abriß. – Bernburg, [1994], S. 58

⁵ Friedrich, Hans: Belleben : ein heimatgeschichtlicher Abriß. – Bernburg, [1994], S. 58

schimpften. Walter K. aus Könnern nannte sie „Spitzbuben“, sie befänden sich unberechtigt auf seinem Gelände, es würde Zeit, dass sie abtreten.⁶ In Peißen wünschten die Landarbeiter die Rückkehr des Großbauern Reinicke. Und aus den LPGen in Neugattersleben, Peißen, Leau, Plömnitz, Ilbersdorf, Edlau und Schackstedt wurde als Stimmungslage gemeldet, dass Partei und Regierung am Ende seien und sich das Sprichwort bewahrheitete: „Strenge Herrn regieren nicht lang.“ Bereits einen Tag nach dem entsprechenden Ministerratsbeschluss – am 12.6.53 - beantragte der ehemalige Großbauer Saak aus Bernburg-Dröbel ordnungsgemäß die Rückgabe seines Hofes beim Rat des Kreises. Er wurde gebeten, sich zu gedulden, forderte aber bereits einen Tag später „mit Nachdruck die Herausgabe der Schlüssel zu seinem Grundstück“.⁷ An diesem Tag lagen nun schon weitere Anträge auf Rückgabe aus Latdorf und Bebitz vor.

In besonders hartnäckigen Fällen informierte das VPKA das MfS. Dieses Schicksal traf den Gnölbziger Obstpächter Gustav Hunger am 13. Juni 1953, der „von Haus zu Haus geht und agitiert“, dass wegen des neuen Kurses die Regierung zusammenbrechen werde.⁸ Hunger war 1945 kurze Zeit Bürgermeister von Nelben gewesen, Kreistagsmitglied, zunächst SED-Genosse, dann in der LDP, 1953 parteilos. Ein Brief vom Leiter des VPKA Bernburg, VP-Oberrat Reinsch an die BDVP vom 16.6. vermeldet, dass Hunger die Großbauern auffordert, ihre Wirtschaften zurückzuholen. Der ABV wurde angewiesen, weiter über Hunger zu berichten.

Der Kampf gegen die „Junge Gemeinde“

Trotz verfassungsmäßiger Zusicherung der freien Religionsausübung führte die SED von Anfang an einen ideologischen Kampf gegen die Kirchen, den Glauben und die Gläubigen. Was sich aber die führenden DDR-Politiker nach der II. Parteikonferenz der SED im Kirchenkampf einfallen ließen, das hatte die (evangelische) Kirche so noch nicht erlebt. Im April 1953 erschien ein Extrablatt der „Jungen Welt“, dem „Organ des Zentralrates der FDJ“ (dessen Vorsitzender Erich Honecker war), das den Auftakt gab für eine wahre Hexenjagd gegen den kirchlichen Nachwuchs. Die Generalüberschrift lautete: „Junge Gemeinde“ – Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“. Es hagelte förmlich stichhaltige Belege: misshandelte Pflinglinge in den Pfeifferschen Stiftungen, den Neinstedter Anstalten, dem Schloss Mansfeld, Fotos von Schautafeln, in denen zur Feindesliebe aufgerufen wurde, Hetzschriften in Pfarrerhänden u.s.w. Das Extrablatt vermeldete den Erfolg seiner eigenen Erfindungen: „ehrliche“ Christen trennen sich von der JG, dulden keine Kriegshetze, fordern die Auflösung der JG. Auch Gerald Götting, Generalsekretär der CDU (Ost), meldete sich zu Wort: „Reaktionäre Kirchenführer, insbesondere evangelische, verhetzen die Jugendlichen, bilden die „Jungen Gemeinden“ zu Widerstandszentren gegen die neue demokratische Ordnung, diskreditieren den Friedenskampf unseres Volkes und verhindern, dass die jungen christlichen Menschen, wie die übrige Jugend, in das Lager des Friedens und des Fortschritts finden.“⁹

Innerhalb weniger Tage schlug die Kampagnenstrategie bis in die unteren Ebenen des Staates durch. Sogar die Betriebszeitung der Sodawerke beteiligte sich mit einer ganzen Seite Dialog-Prosa in Mundart, ein Lehrstück, wie sich die SED erfolgreiche Überzeugungsgespräche vorstellte: Natürlich kehrt der verirrte Jungarbeiter der JG reumütig den Rücken, nachdem er sich vom Gut-Kollegen hat aufklären lassen, des-

⁶ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle 19, Nr. 19/205, Bl. 177

⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 178

⁸ ebenda

⁹ „Junge Welt“, Extrablatt, April 1953

sen Argumentation mit den Worten endet: „Det is eene Verbrechenorganisation von unsere Feinde, der Adenauers und de Konsorten. Laß dir det eene Lehre sind.“¹⁰ Zentrum der „Aktion der Aufklärung und Wachsamkeit“ im Kreis Bernburg war die Karl-Marx-Oberschule. Dorothee Wagner (Cörmigk), damals dort Schülerin, erinnert sich, dass der Austritt aus der JG öffentlich und unterschriftlich erfolgen musste, und zwar auf einem Blatt mit nur einem Satz: „Ich distanzieren mich von der illegalen Organisation Junge Gemeinde“. „Die Erklärungen mit Unterschriften wurden am schwarzen Brett im Eingangsbereich der Schule ausgehängt, jeden Morgen schaute man nach, wer wieder unterschrieben hatte. Die nicht unterschrieben, wurden unter Druck gesetzt, so dass alle bis auf eine letztlich ihre Unterschrift gaben.“¹¹ Diese eine hieß Barbara Steinmüller, Schülerin der 9. Klasse, Mitglied der FDJ und der JG, Empfängerin eines Stipendiums in Höhe von 45 DM, weil ihr Vater im Krieg umgekommen war. Frau Steinmüller hat alle Schreiben dieser Zeit aufbewahrt, und so kann man rekonstruieren, wie eine Schulverweisung wegen Zugehörigkeit zur JG ablief. Die Kampagne zur „Bereinigung“ der Schülerschaft führte die FDJ, hier die 1. Sekretärin und Lehrerin Frl. Rückwardt-Stadie. Die erste Aussprache am 6. Mai 1953 zwischen ihr und Barbara Steinmüller verlief zunächst informativ, dann leicht drohend. Schließlich forderte die FDJ-Sekretärin die Unterschrift unter die vorbereitete Austrittserklärung. Diese lehnte Barbara ab. (Die Mutter über ihre Tochter in einem Bericht vom 20. Mai 1953: „B. ist ein Menschenkind, das nicht auf Befehl, sondern nur nach eigener Überzeugung die Meinung ändert.“) Zum Abschied wurde die Drohung unmissverständlich: die Folgen hätte sie selbst zu tragen. Die zweite und dritte Aussprache am 12. und 13. Mai waren nur Erkundigungen von Frau Rückwardt-Stadie, wie sich Barbara entschieden habe. Mit ihrer Antwort, sie bliebe dabei, gab sich die Funktionärin zufrieden, fertigte ein Protokoll und nötigte die Schülerin zur Unterschrift. Am 16. Mai fand $\frac{3}{4}$ 8 Uhr eine Vollversammlung aller FDJler, d.h. fast aller Schüler, statt. „Es wurde durch Frl. Rückwardt-Stadie das Protokoll vom 13.5. verlesen, anschließend gab Herr Bartosch, stellv. Schulleiter, den Beschluss der Lehrerkonferenz bekannt, wonach es die Lehrer, mit einer Stimmenthaltung, ablehnen, Barbara weiterhin zu unterrichten. Ferner wollen sie keinen Schüler mehr unterrichten, der noch zur Jungen Gemeinde hält. Die Schüler hatten dann über Bärbels Ausschluss aus der FDJ abzustimmen. Zwei Abiturienten stimmten dagegen, Bärbels Klassenkameraden und verschiedene andere FDJler enthielten sich der Stimme, alle übrigen waren mit dem Ausschluss einverstanden.“¹² Unmittelbar danach musste sich Bärbel die Entlassungsschreiben aus dem Lehrerzimmer abholen. Hier hörte sie Gespräche über Maßnahmen gegen zwei neue „Feinde“ – die beiden Abiturienten, die gegen ihren Schulausschluss gestimmt hatten. Zufällig am selben Tag ging ein Rundschreiben des Evangelischen Kirchenrates für Anhalt an alle Direktionen der Oberschulen und Berufsschulen und nachrichtlich an alle Pfarrer im Bereich der Landeskirche. Offensiv wird hier die Arbeit der Jungen Gemeinde als verfassungsgemäß verteidigt und konstatiert, dass die angebliche „Illegalität“ nicht auf einer gesetzlichen Bestimmung beruhe, sondern nur auf einer Pressekampagne. Alle erfundenen Behauptungen werden zurückgewiesen, eine Auflösung käme nicht in Frage.¹³ Am Tag nach der Beurlaubung von Barbara Steinmüller wandte sich Kreisoberpfarrer Heide an die Schulleitung und die FDJ-Leitung der Karl-Marx-Oberschule mit der dringenden Bitte um ein klärendes Gespräch: „Ich halte die Bärbel für einen Menschen, den man nicht ohne ganz dringende Not abstoßen sollte.“¹⁴ Ob das Gespräch

¹⁰ „Das Friedenswerk“, Nr.6, 5.5.1953

¹¹ Erinnerungsbericht von Dorothee Wagner

¹² Bericht von Magdalene Steinmüller, der Mutter von Barbara Steinmüller

¹³ enthalten im Material von Barbara Steinmüller

¹⁴ ebenda

stattfind, wissen wir nicht. Am 19.5.1953 berichtet die Bernburger „Freiheit“ nicht etwa über Bärbel Steinmüllers Schulentlassung, sondern in einem 4-spaltigen Artikel über Oberschüler, die sich „von den reaktionären Kreisen der JG lossagen“, was als schlagender Beweis gewertet wurde gegen Äußerungen des Bernburger Pfarrers Werner und des Könnernerer Superintendenten Dr. Lütze, die öffentlich die JG verteidigt hatten.

Die Geschichte nahm Anfang Juni auf höherer Ebene ihren Fortgang, in Moskau nämlich, wie oben geschildert. Gleich am Tag nach dem Beschluss des „Neuen Kurses“ gab Ministerpräsident Grotewohl gegenüber Bischof Dibelius und am 11. Juni Erich Honecker gegenüber Probst Gräbner, der u.a. für die Jungen Gemeinden zuständig war, die Rücknahme der Repressionen bekannt.

Am Sonnabend, dem 13. Juni 1953 teilte die Karl-Marx-Oberschule dann Frau Steinmüller folgendes mit: „Auf Grund des Regierungsbeschlusses ist der Beschluß des Pädagogischen Rates vom 15. Mai 1953 aufgehoben. Damit Ihre Tochter an der Versetzungsprüfung teilnehmen kann, ist es notwendig, dass sie am Montag, 15.6.1953, den Schulbesuch wieder aufnimmt.“¹⁵

Ob sich ein Lehrer oder ein Mitschüler bei Bärbel Steinmüller entschuldigt hat? Die heute 65jährige antwortet: Nein.

Die Tage von der Verkündung des Neuen Kurses bis zum 16. Juni

Die Parteifunktionäre befanden sich seit dem 11. Juni, dem Tag als der Ministerrat die „Vorschläge“ des Politbüros mit konkreten Verordnungen untersetzte und den Neuen Kurs verkündete, in hektischer Betriebsamkeit. Die Bezirksparteileitung entsandte ihre Instrukteure in die Kreise, die Kreisparteileitung die ihrigen in die Betriebe. In den angefertigten Berichten finden sich jedoch bereits hier ernste Hinweise auf die immer angespanntere Stimmungslage selbst unter den Genossen. Der Altlebener Bürgermeister sagte beispielsweise: „Uns haut man in der Parteiaktivtagung zusammen und jetzt beschließt das Politbüro noch das, was wir schon längst gesagt haben, ich komme mir vor wie verklappst.“¹⁶ Er war stolz, dass er sämtliche Werte der „Kulaken“ nicht wie gesetzlich festgelegt, verkauft hat, sondern dass sie noch vorhanden wären.

Sicherlich spielte das öffentliche Kulturleben für breite Schichten der Bevölkerung eine große Rolle. Vor allem mit dem humanistischen Erbe und sowjetischen Importen wollte man die neuen Werte vermitteln – in strenger Abgrenzung zur westlichen Kultur und nicht durch die SED sanktionierte Kunstauffassungen innerhalb der DDR.

Das reiche Kulturangebot fand sich auch in der Presse wieder. Das Museum Bernburg zeigte „Albrecht Dürer und seine Zeit“. Für den 17. Juni 1953 waren in den drei Bernburger Kinos für jeweils 17.30 und 20 Uhr folgende Filme angekündigt:

Capitol: Lockendes Glück, sowjetischer Film;

Linden-Lichtspiele: Durch Indien, sowjetischer Farbfilm;

Central-Lichtspiele: Licht über Koordi, sowjetischer Film.

20 Uhr sollten in Bernburg außerdem stattfinden: ein Lese- und Diskussionsabend „Die Dichter der Revolution von 1848“ des Volkskunstkabinetts und ein Vortrag des Kulturbundes „Karl Marx und Heinrich Heine“ in der Friedrich-Engels-Schule. Die Freiheit vom 19.7.53 rügte, dass erst nach langen Debatten das Volkskunstkabinett nachgegeben und die Veranstaltung verschoben habe. Kein Wort davon, dass eben zu dieser Veranstaltungszeit der Ausnahmezustand verhängt worden war.

¹⁵ ebenda LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/73, Bl. 152

¹⁶ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/611, Bl. 11

Mittwoch, 17. Juni 1953 – Gespannte Stimmung

Anzunehmen ist, dass an diesem Tage wie in der ganzen DDR alle verfügbaren Radioapparate angestellt waren. Gehört wurde - die entsprechende Gegenagitation der SED war damals wie auch sonst in der Masse wirkungslos - vor allem RIAS. Im Laufe des Tages war so allgemein bekannt geworden, dass außer in Berlin auch in anderen Städten Arbeitermassen auf die Straße gegangen waren, dass sowjetische Panzer gegen sie eingesetzt wurden, dass es Tote gab. Die Wirkung dieser Nachrichten wurde bereits am Nachmittag auch im Kreis Bernburg deutlich. Die angestaute Wut in der Mehrheit der Arbeiterschaft in vielen Betrieben schlug in kurzer Zeit in konkrete Aktionen um, die natürlich weder vorbereitet noch zentral gesteuert waren. Einzelne Arbeiter, Brigadiere, Meister wurden zu Wortführern bzw. – im Jargon der offiziellen SED-Sprache – zu Provokateuren.

Um 14.15 Uhr traf in allen Kreisdienststellen der Deutschen Volkspolizei ein Fernschreiben der Bezirksbehörde Halle ein mit dem Befehl, dass sofort Einsatzstäbe aus den Verantwortlichen der Kreisleitung der SED, des VPKA, des Rat des Kreises, wenn möglich der KVP und der Dienststelle der Staatssicherheit zu bilden seien. Auch in Bernburg werden nach diesem Schreiben die strategisch wichtigen baulichen Objekte besetzt und bewacht worden sein, um ein „Eindringen von Provokateuren“ zu verhindern. Diese Objekte waren: VPKA, Kreisleitung der SED, Rat des Kreises, Post, Elektrizitätswerke, Bahnhöfe und die Redaktionen der „Freiheit“. Der letzte Punkt des Befehls enthält den Schießbefehl. Danach waren auch gezielte Schüsse abzugeben, wenn der Widerstand nicht anders zu brechen sei.¹⁷

Auch in den größeren Betrieben mussten Einsatzstäbe gebildet werden. Als „Schwerpunktbetriebe“ galten: Zementwerke Nienburg, Sodawerk Bernburg, Eisengießerei Bernburg, Kaliwerk Friedenshall, Flanschenwerk Bebitz, Salzbergwerk Gröna und der Kreisbaubetrieb Bernburg.¹⁸

15 Uhr befand sich das VPKA Bernburg bereits im Alarmzustand, als ein Verkehrspolizist meldete, dass sich ca. 1000 Demonstranten aus Richtung Calbe auf Bernburg zu bewegten. Eine halbe Stunde später traf die Meldung von der Zerstreuung des Zuges ein.¹⁹ Auch aus dem südwestlichen Nachbarkreis Eisleben kamen streikende Arbeiter mit LKWs, um Transparente zu entfernen und vielleicht auch in Einrichtungen einzudringen. In den Polizeiakten ist vermerkt, dass ein solcher Versuch des „Eindringens“ in Belleben von „Arbeitern der MTS abgewehrt wurde“.²⁰

Ab 18 Uhr galt der Ausnahmezustand für Stadt und Kreis Bernburg. Während in den Dörfern und Kleinstädten wohl die Bürgermeister und Polizisten diese Information zu verbreiten hatten, werden in Bernburg selbst Lautsprecherwagen eingesetzt gewesen sein. Der Befehl des Militärkommandanten Oberstleutnant Dschugaschwili lautete:

„Für die Aufrechterhaltung einer festen öffentlichen Ordnung im Kreis und der Stadt Bernburg wird befohlen:

- 1) Über die Stadt und den Kreis Bernburg wird ab 18.00 Uhr am 17.6.1953 der Ausnahmezustand verhängt.
- 2) Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über 3 Personen sind auf Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden verboten.

¹⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/73, Bl. 152

¹⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4, Nr. 1132; Bl. 77...82

¹⁹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 235

²⁰ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 236

- 3) Jeglicher Verkehr von Fußgängern und Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21.00 Uhr abends bis 5.00 Uhr morgens verboten.
Nur Arbeiter der Nachtschicht dürfen gegen Vorzeigen ihres Betriebsausweises in Gruppen nicht über drei Personen die Straßen von der Fabrik zu ihren Wohnungen passieren.

Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Im Fall von Widerstand werden Waffen angewandt.“²¹

Die Gaststätten waren im Kreisgebiet offenbar die Kommunikationszentren. In Alsleben führten ein Polizist und ein freiwilliger Helfer ab 19 Uhr Gaststättenkontrollen durch. Und in Biendorf schlug dem Bürgermeister Höhne die Empörung der Anwesenden entgegen, als er gegen 21 Uhr die Verhängung des Ausnahmezustands verkündete. Man wollte vor allem wissen, wer den Ausnahmezustand erlassen hatte. Lehrer Friebe meinte, wenn das „vom Iwan“ käme, hätte man nichts damit zu tun, weil „wir Deutsche sind“. Er drohte dem Bürgermeister: „Wenn das einmal anders kommt, dann hängst du am nächsten Baum.“²² Und die Buchhalterin der LPG, Kreistagsmitglied für die NDPD, meinte, wenn die Anordnung von der Regierung käme, dann gäbe es eine solche Anordnung nicht, da das Volk die Regierung sei. (In den Akten sind ihre Worte vermerkt: „Wir sind das Volk“ – 1989 die zentrale Losung der friedlichen Revolution!).

Während dieser Zeit rumorte es auch in den Großbetrieben in Bernburg. Im Sodawerk waren vier Kollegen der Bau-Union Staßfurt wegen angeblicher Provokationen verhaftet worden.²³ Dann stand von 20 bis 21.10 Uhr die Seilbahn still, die den Kalkstein aus dem Tagebau links der Saale zu den Kalköfen transportierte. An den Hunte stand zu lesen: „Legt die Arbeit nieder!“ Diese spektakuläre Aktion des Arbeiters Erhard Wiehle hätte Auswirkungen auf die gesamte Produktion des Sodawerkes haben können, denn Kalkstein wird kontinuierlich benötigt, im Werk gab es keine Bevorratung. Außerdem konnte man die stehenden Hunte von der Annenbrücke gut einsehen, und auch die Reisenden in vorbeifahrenden Zügen werden diese Losungen gelesen haben. Die Betriebsparteileitung startete einen hektischen „Agitationseinsatz“ und erreichte tatsächlich, dass die Aktion nach gut 70 Minuten beendet wurde.²⁴

Kurz nach Verhängung des Ausnahmezustands, um 21 Uhr, versammelten sich 60 Jugendliche am Postamt in Bernburg. Erstmals wurden „Freunde der Sowjetarmee“ tätig – sie zerstreuten die jungen Leute in der Wilhelm-Pieck-Straße.²⁵ Ein Zeitzeuge, damals Oberschüler, berichtete, wie er während der Sperrstunde mit einem Freund auf dem Nachhauseweg in der Köthenschen Straße vorübergehend festgenommen wurde. Sowjetsoldaten bewegten sich in breiter Front quer durch die Straßen. Die VP nahm ihn fest und brachte ihn zur SED-Kreisleitung, wo sich im Keller in Arrestzellen bereits andere, meist Jugendliche befanden. Es wurde auf das Verhör gewartet – und wer „eine Lippe“ riskierte, bekam auch schon mal Schläge ins Gesicht. Auch auf den Dorfstraßen war es nicht ruhig. Der Kutscher Waldemar Schuhmann vom Großbauern Jungmann lief mit einem Knüppel in der Hand durch Cörmigk und rief: „Habt ihr schon gehört von Mansfeld, was da los ist? Morgen geht es bei uns im Dorfe los!“²⁶ Und durch Trebitz demonstrierten ganz und gar „25 Jugendliche mit Trompe-

²¹ Kreisarchiv Bernburg, Gem.-best. Baalberge, Nr.73, Bl. 11

²² LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 118

²³ BStU, Außenstelle Halle, AU 273/54, Band 2

²⁴ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 233

²⁵ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 189

²⁶ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 194

ten und Trommeln“. Ein „Vorsänger“ rief „Alles aufrufen für den Aufruf der Regierung vom 17.6.1953“, worauf alle gemeinsam antworteten: „Pfu!“²⁷

Im Kaliwerk Gröna streikten 27 Kollegen, sie fuhren nicht zur Nachtschicht ein. 60 Kumpel waren erst gar nicht zur Nachtschicht erschienen.

In der Flanschenfabrik Bebitz fehlten 130 Kollegen zur Nachtschicht – wie sich später herausstellte, hatten die meisten die Verhängung des Ausnahmezustands so interpretiert, dass sie nicht in den Betrieb fahren dürften.²⁸ Von den Anwesenden lehnten 30 die Arbeit ab, während 20 „den Schutz des Betriebes“ übernahmen.²⁹

Rund um die Uhr herrschte nun hektische Betriebsamkeit in den Amtsstuben. Berichte über Telefone und Fernschreiber stellten die Leistungsfähigkeit der Kommunikationstechnik vor eine Herausforderung. So wie der Bürgermeister von Baalberge werden wohl auch alle anderen zur Information an die SED-Kreisleitung aufgefordert gewesen sein:

„An den Genossen Bürgermeister!

1. Sorgt dafür, dass sich alle zuverlässigen Genossen bereithalten.
2. Sorgt für den Schutz des volks- und genossenschaftlichen Eigentums.
3. Berichtet sofort über alle Vorkommnisse, Störungen, Diskussionen und Provokationen an die Kreisleitung.
4. Registriert sorgfältig alle Hetzer und Provokateure und meldet dieses als erstes sofort dem VP-Abschnittsbevollmächtigten.
5. Achtet auf die Nummern von Fahrzeugen und schreibt sie auf.
6. Verteilt sorgfältig die Flugblätter an die werktätige Bevölkerung.
7. Besetzt die Telefone.“³⁰

Die erste Nacht im Ausnahmezustand verlief nicht überall ruhig. Unbekannte rissen die FDJ-Fahne vor der Schule in Gnölbzig herunter.³¹ In Belleben kontrollierten gegen Mitternacht der ABV und ein Kreisleitungsfunktionär die beleuchtete Gaststätte Sander. Nach dem Abschied vom Wirt schlugen mehrere Blumentöpfe neben den Genossen auf das Straßenpflaster.³² Bilder mit Pieck und Grotewohl wurden des Nachts im Personalraum des Entbindungsheimes entfernt und in eine Ecke gestellt. Eine Genossin stellte sie sicher „zwecks Feststellung der Fingerabdrücke“.³³

Donnerstag, 18. Juni 1953 – Der Höhepunkt der Unruhen im Kreis

Von frühmorgens an war dieser Tag, der erste volle Tag des Ausnahmezustands, im Kreis Bernburg von großen Unruhen geprägt.

Sodawerke Bernburg

Im Mittelpunkt standen die VEB Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg. Der in Anwendung des Potsdamer Abkommens durch die Sowjetunion vollständig demontierte Betrieb hatte nach einer bemerkenswerten Aufbauleistung im Oktober 1952 die Sodaproduktion wieder aufnehmen können, glich jedoch weiterhin einer Großbaustelle. Neben

²⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 194

²⁸ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 220

²⁹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 233

³⁰ Kreisarchiv Bernburg, Gem.-best. Baalberge, Nr.73, Bl. 13

³¹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 192

³² LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 193

³³ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 191

der Stammebelegschaft befanden sich ca. 1000 Bauarbeiter verschiedener Firmen auf dem Betriebsgelände. Diese erklärten sich solidarisch mit ihren Kollegen in Berlin und anderen ostdeutschen Städten und begannen bereits am Morgen mit Arbeitsniederlegungen. 7 Uhr lehnten die Maurer- und die Zimmererbrigaden der Bauunion Calbe die Arbeit ab. Zur gleichen Zeit demonstrierten ca. 200 Bauarbeiter durch den Betrieb und forderten die Sodawerker auf, mitzudemonstrieren. Diese schlossen sich jedoch nicht an. 7.15 Uhr hatte sich die Zahl der Demonstranten bereits auf 350 erhöht, 7.40 Uhr auf 600, spätere Angaben vermelden 800 Teilnehmer. Der Zug nahm nun vor dem Tor zur Hegestraße Aufstellung. Der Polizeibericht vermerkt, dass sich die älteren Demonstranten ruhig verhielten, die jüngeren dagegen „ein flegelhaftes und anpöpelndes Verhalten an den Tag legen, besonders gegenüber unseren Genossen“.³⁴ Nur durch das gleichzeitige Eintreffen der sowjetischen Armee, die das Werk umstellte und abriegelte, wurden die bereits formierten Bauarbeiter am Auszug aus dem Betrieb gehindert. Es war eine Frage von wenigen Minuten – und wohl auch Bernburg hätte zu den Zentren des Aufstandes im Bezirk Halle gehört. Am Werkstor kam es zur Festnahme eines Kollegen, andere wollten ihn befreien. Daraufhin drohte ein sowjetischer Offizier, dass geschossen werde, wenn nicht sofort Ruhe einzöge.³⁵ 8.45 Uhr konnte die Polizei feststellen: „Situation in der Sodafabrik durch Einschreiten des Gen. Kommandanten geklärt, Kollegen gingen in kleinen Gruppen an die Arbeitsplätze zurück.“³⁶

Aber natürlich war an diesem Tage nichts wie sonst. Überall standen Gruppen von Arbeitern und diskutierten, an manchen Orten auch mit Parteifunktionären. Die Bau-Union beschloss nach Aussprachen mit dem Parteisekretär und dem BGL-Vorsitzenden den Streik, die meisten waren aber schon nach Hause gefahren. Andere Firmen, so die Nagemas Erfurt, EKM Meerane und der Kreisbaubetrieb schlossen sich dem Streik an.³⁷ Auch in der Stammebelegschaft rumorte es nun. Spontan werden in einzelnen Abteilungen – unabhängig voneinander - Forderungskataloge aufgestellt. Die Verwaltung und namentlich die Sekretärin des Werkleiters wurden besonders aktiv. Ihr Forderungskatalog enthielt 14 Punkte mit ökonomischen, politischen und innerbetrieblichen Forderungen.³⁸ Es wurde sogar über ihn abgestimmt: es gab 3 Gegenstimmen. Gleich als zweiter Punkt in dieser Aufstellung ist die Forderung nach freien geheimen Wahlen in ganz Deutschland verankert. Sieben der 14 Resolutionen beziehen sich auf den eigenen Betrieb und belegen, wie die Stimmung wirklich war.

³⁴ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 190

³⁵ BstU....

³⁶ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 191

³⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/207, Bl. 31

³⁸ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl.181

Forderungen der Verwaltung des Sodawerkes

1. Wir verlangen, dass keinem an dem Streik Beteiligten etwas passiert. Sollte trotzdem jemand verhaftet werden, legt die Sodafabrik geschlossen die Arbeit nieder bis zur Freilassung der Unschuldigen.
2. Sofortige Durchführung freier geheimer Wahlen in ganz Deutschland.
3. Wir fordern sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge, die wegen einer freien Meinungsäußerung verhaftet sind.
4. Wir fordern die Auflösung der hauptamtlichen Parteileitung der SED innerhalb des Betriebes. Die Arbeiten der Parteisekretäre können ehrenamtlich erledigt werden.
5. Wir fordern die Auflösung der Parteischule im Betrieb. Parteischulungen haben mit dem Betrieb nichts zu tun. Wir wollen arbeiten; Schulungen können außerhalb der Fabrik durchgeführt werden von denjenigen, die dazu das Bedürfnis haben.
6. Wir fordern Auflösung der Abteilung Arbeitskraft, Abschaffung der Normen, Abschaffung der Arbeitsvorbereitung, Abschaffung der Kaderabteilung. Einstellungen kann grundsätzlich nur der Werkleiter oder sein Vertreter vornehmen unabhängig vom Parteibuch.
7. Senkung der augenblicklich bestehenden Preise einschl. HO-Preise auf das Preisniveau von 1938.
8. Verstärkte Ablieferung aller Konsumgüter auf dem Markt in der Qualität und Quantität der Vorkriegsjahre.
9. Überprüfung der Löhne und Gehälter. Senkung der Lohnsteuer und Sozialversicherung. Erhöhung der Leistungen der SVK.
10. Abschaffung der bewaffneten Werkspolizei.
11. Einstellung der Hetze gegen andere Länder einschl. Westdeutschland, wirklich freie Presse und freien Rundfunk unter dem Motto „die Wahrheit dem Volke“.
12. Wir fordern eine Neustatuierung der FDGB, da dieser bisher die Interessen der Arbeiter nicht wahrgenommen und auf der ganzen Linie versagt hat. Kein Mitgliedszwang und daß Nichtmitgliedern bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten nicht entstehen.
13. Soeben wurde in Erfahrung gebracht, dass im Laufe des heutigen Vormittags die Telefonzentrale von Spitzeln überwacht worden ist. Wir legen sämtliche geschäftliche Arbeit sofort nieder, sofern dies nicht unterbunden wird und den Beteiligten Nachteile aus heute früh geführten Gesprächen entstehen.
14. Wir verpflichten uns, unsere Arbeit wie bisher mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen, wenn unsere Forderungen binnen Kürze stattgegeben wird.

Auch der Forderungskatalog des Baubetriebes ist erhalten.³⁹ Er enthält 21 knappe, meist direkt auf die Brigade bezogene Punkte. Erst als letzter Punkt erscheint die Forderung nach freien, geheimen, demokratischen Wahlen. Auch in anderen Bereichen wurden solche Listen erstellt. Dass diese rasch zusammengeschriebenen Papiere unwirksam bleiben mussten, wenn sich nicht die Belegschaft auf eine gemeinsame Resolution einigte, erkannte in der Schmiede ein politisch sehr erfahrener Mann, der aus Sicht der SED hätte schon längst politisch unwirksam sein sollen: Max Sack, 60 Jahre alt und seit 26 Jahren Solvay-Arbeiter. Nach der Befreiung Bernburgs durch US-amerikanische Truppen im April 1945 wurde Sack, obgleich ohne Berufsabschluss, zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Dem von frühester Jugend an der SPD Verbundenen war die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien unter Dominanz der KPD im April 1946 ein Gräuel und so dauerte es nur bis 1948, bis ihn die SED-Gewaltigen wegen Sozialdemokratismus aus der Partei ausschlossen und als Betriebsratsvorsitzenden ablösten. Sack erkannte die historische Chance für eine Wiedergründung der SPD. Er wusste weiterhin die Mehrheit der Belegschaft hinter sich, sein politisches Geschick verschaffte ihm nach wie vor Autorität unter den Arbeitern. Später auch in den Zeitungen als besonders abschreckendes Zitat verwendet - und auch in den Gerichtsprotokollen notiert - wurde seine Forderung nach Wiedezulassung der SPD – er sagte, erst dann werde über Deutschland die Sonne wieder scheinen. Sack forderte aber auch seine wohl eher zögerlichen Kollegen auf, Dinge, die man sofort und selbst regeln könne, auch praktisch anzufassen – Beispiel: das Entfernen von Transparenten.⁴⁰ Mehr noch als der öffentliche Raum waren damals die Betriebe über und über mit politischen Losungen behängt. Man glaubte ihnen nicht, aber wer sie entfernte, beging ein Verbrechen und galt in den Hirnen der SED-Funktionäre als Feind der friedliebenden Menschheit.

Am frühen Nachmittag wurde Max Sack tatsächlich vom BGL-Vorsitzenden Brösel zu sich gebeten. Leider ist bisher nicht bekannt, worum es bei diesem Treffen ging und ob es in Folge dessen einen zentralen Resolutionsentwurf gab.

Kaliwerk Gröna

Der Streik der Nachtschicht fand keine Fortsetzung. Am Vormittag wurde der Verlade-Brigadier in seiner Wohnung durch die Kripo inhaftiert.⁴¹ Es bestand die Vermutung, dass er zum Streik aufgerufen hatte. Zwischen 20 und 22 Uhr hatte es am Vortag einen Zwischenfall mit dem Werkschutz gegeben, nachdem die Brigade von einem Lokführer von der Verhängung des Ausnahmezustands erfahren hatte und nicht mehr arbeitete. Der Werkspolizist wollte vom Brigadier wissen, wer Feierabend angesetzt hätte, der aber drohte mit Ohrfeigen und vertrieb den Polizisten.⁴² Nach einigen Tagen wurde der Brigadier wieder auf freien Fuß gesetzt.

Später wird das passive Verhalten der Betriebsparteileitung in den Berichten der Kreispartei-Kontrollkommission scharf gerügt werden. Die Parteileitung hätte versagt, die Kreisleitung Ruhe und Ordnung wieder herstellen müssen.⁴³

Kaliwerk Friedenshall

Im Werk herrschte große Unruhe, überall wurde diskutiert. Die globale Einschätzung im Polizeibericht: „Die Regierung habe Fehler zu spät eingesehen, Regierung und Partei müssen der Bevölkerung mehr Vertrauen schenken, Löhne der Arbeiter ge-

³⁹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl.182

⁴⁰ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/73, Bl. 12

⁴¹ BstU, Außenstelle Halle, AST 4522, Handakte, Bl. 4

⁴² BstU, Außenstelle Halle, AST 4522, Handakte, Bl. 6

⁴³ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 85 und Bl. 140

genüber dem Gehalt der Intelligenz zu krass, man solle nicht nur Schlechtes von Westdeutschland bringen (Vergleiche in der Preisgestaltung)“.⁴⁴

Flanschenwerk Bebitz

Die Belegschaft erschien pünktlich zur Frühschicht, allerdings war die Bereitschaft der 320 Kollegen zu arbeiten sehr gering.⁴⁵ Den ganzen Vormittag wurde nun diskutiert. Allein der Produktionsleiter Willy Büchner (geb. 1922, lebt in Bernburg) führte die Belegschaftsversammlung und kann gegen 11 Uhr die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen.⁴⁶ Er benennt eine Erscheinung, die als typisch bezeichnet werden kann – und die in Auswertung der Ereignisse auch die VP-Ämter feststellten⁴⁷: Passiv blieben in diesen schwierigsten Stunden die Betriebsparteileitung, die Gewerkschaftsleitung, die Werkleitung.

Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises Bernburg

Am Nachmittag diskutierten wichtige Männer aus dem Bildungswesen über die politische Lage. Wilhelm Trebing, hier in seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, schrieb kräftig mit, was der kommissarische Kreisschulrat Genosse Rückriem äußerte. Das war nun harter Tobak: in der DDR hätte es niemals freie Wahlen gegeben, die Partei und die Polizei seien unfähig, es sei lächerlich anzunehmen, der Aufstand wäre vom Westen gesteuert, es sei ein spontaner Aufstand gewesen, und: „Die Situation würde niemals wieder bereinigt, nur äußerlich unter Druck der Bajonette.“⁴⁸ Für freie Wahlen würde der Kreisschulrat prognostizieren: Mehrheit für die SPD, SED 20%. Die Verwunderung des Berichteschreibers muss enorm gewesen sein, denn in einer beigefügten „Beurteilung“ des Genossen Rückriem bescheinigt er diesem, als Funktionär äußerst aktiv gewesen zu sein und ein sehr gutes theoretisches Wissen zu haben, in der Frage „Junge Union“ wäre er sogar radikal aufgetreten. Es wurde aber festgestellt, dass die Äußerungen Rückriems keineswegs auf die Schockwirkung der aktuellen Ereignisse zurückzuführen seien, „sondern dass das sein wahres Gesicht ist, was er längere Zeit verborgen hielt.“⁴⁹

Sonstiges

Dass nur in wenigen Betrieben gestreikt wurde, lässt nicht den Schluss zu, in den anderen Betrieben wäre normal gearbeitet worden. Im Monatsbericht für den Monat Juni 1953 der Kreispartei kontrollkommission heißt es dann auch: „In anderen Betrieben, wo die Frage Streik oder nicht Streik auf Messers Schneide stand, wie z.B. VEB GUS-Bernburg [die Eisengießerei, J.G.], konnten die Funktionäre der Betriebe selbst eine Arbeitsniederlegung verhindern.“⁵⁰

Weil offenbar die Durchsage über den Ausnahmezustand in manchen Gemeinden falsch ausgelegt wurde, gab der Rat des Kreises um 10 Uhr nochmals einen Rundruf, dass alle Kolleginnen und Kollegen sofort ihre Arbeit aufzunehmen hätten. Der Militärkommandant sicherte auch in der Nachtzeit allen, die sich auf dem Weg von

⁴⁴ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/73, Bl. 13

⁴⁵ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 220

⁴⁶ Zeitzeugenaussage Willy Büchner. Die Angaben in den offiziellen Statistiken über einen Streik in der Nachtschicht können Willy Büchner und der damalige Schmiedeleiter Fiebig nicht bestätigen. Auch die (inoffizielle) Werkschronik enthält hierfür keinen Hinweis.

⁴⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 189

⁴⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 81

⁴⁹ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 82

⁵⁰ LHASA, Abt. MER, SED Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 102VS

oder zur Arbeit befänden, Schutz zu. Unterstrichen ist der letzte Satz der Mitteilung: „Es herrscht vollkommene Ruhe.“⁵¹

Nicht nur verhasste Transparente mit ihren platten und hetzerischen Losungen flogen auf die Straßen, auch die Bilder der kommunistischen Staatslenker und der sogenannten Klassiker, die in wohl allen öffentlichen Gebäuden an den Wänden hingen, waren in diesen Tagen nicht sicher. Gerbitzer Schüler der 6. und 7. Klassen nahmen vier solcher Bilder in der Zentralschule Latdorf von den Wänden. Zwei 6. Klassen der Grundschule Alsleben rissen die Bilder des „Gen. Pieck“ und ein Transparent herunter.⁵² Ebenfalls Sechstklässler der Roten Schule in Nienburg machten sich über ein Pieck-Bild und Losungen her, sie zerrissen sie sogar.⁵³ Am Abend bildeten sich in mehreren Orten des Kreises wieder Menschenansammlungen, die nach dem Ausnahmezustand untersagt waren. In Ilberstedt bedrohten 25 bis 30 Jugendliche den ABV mit den Worten: „Wenn du nicht bald verschwindest, werden wir dich entwaffnen und zusammenschlagen.“ In Alsleben gruppierten sich Arbeiter des Mansfeldkombinates, und in Bernburg versammelten sich wiederum Jugendliche auf dem Marx-Engels-Platz. Sämtliche „Zusammenballungen“ (Berichtssprache der VP) wurden durch VP und Kommandantur aufgelöst.⁵⁴

Rasch und massenhaft ließ die SED-Führung in Halle Flugblätter drucken, die im ganzen Bezirk verteilt wurden.⁵⁵ Dagegen waren oppositionelle Flugblätter natürlich äußerst selten, forderten aber die besondere Aufmerksamkeit der Staatsmacht heraus. Nach einem Bericht des BDVP an die Hauptverwaltung der DVP vom 22.6.53 war in Bernburg neben Halle und Naumburg „der Gegner“ mit „Hetzmaterial“ besonders in Erscheinung getreten.⁵⁶ Allerdings wird in den Akten nur selten von derartigen Flugblättern berichtet. So fand ein SED-Genosse im Zug von Bernburg nach Friedenshall einen solchen Flugzettel und stellte ihn der Kreisleitung zu; sein Inhalt: „Fordert den Sturz der Regierung, jetzt ist es Zeit, den Rücktritt zu erzwingen. Arbeiter, kämpft weiter!“⁵⁷ Am 18. Juni nachmittags werden in Bernburg mehrere mit Druckkasten angefertigte Flugblätter mit folgendem Inhalt gefunden: „Stürzt die SED-Bonzenregierung! Arbeiter! Kämpft weiter, jetzt ist es Zeit, den Rücktritt zu erzwingen.“⁵⁸

Freitag, 19. Juni 1953

Im Sodawerk streikten zum Beginn der Frühschicht immer noch 1000 Mann aus den Baubetrieben. Es gab heftige Debatten zwischen Arbeitern und Funktionären, die in einen Katalog mit meist betrieblichen Forderungen, die „auch betrieblich erfüllt werden“ könnten, mündeten. Er enthielt auch die Forderung nach Abschaffung sämtlicher Normen und Senkung der HO-Preise um 40%.⁵⁹ Die Belegschaftsversammlung der Bauunion fand in einer Baubaracke statt, die völlig überfüllt war. Vor dem Bau spielten sich dramatische Szenen ab. Der Personalleiter versuchte die Arbeiter zur Aufgabe des Streiks zu bewegen, indem er Staßfurt als Beispiel nannte, wo ange-

⁵¹ Kreisarchiv Bernburg, Gem.-best. Baalberge, Nr.73, Bl. 10

⁵² LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 199

⁵³ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 199

⁵⁴ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 197

⁵⁵ ein Beispiel in: LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/73, Bl. 169

⁵⁶ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/74, Bl. 87

⁵⁷ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 198

⁵⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55 Nr. 1136aT1, Bl. 13

⁵⁹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 197 und Nr. 19/73, Bl.13

lich wieder gearbeitet werde. Der Zimmermann X., der aus Hecklingen stammte und mit dem Zug aus Staßfurt nach Bernburg gefahren war, widersprach heftig: „Das ist eine Lüge! In der Nagema und bei Stern-Radio wird gestreikt, sie fordern die Freilassung der 4 Verhafteten.“⁶⁰ Die Lage für den Personalleiter wurde bedrohlich, er wurde als Lügner beschimpft. Die Stimmung wogte hin und her. Zwischenrufer, darunter wieder X., die auf die „Russenpanzer“ verwiesen und freie Wahlen forderten, brachten immer wieder die Funktionäre in Bedrängnis.⁶¹ Schließlich gelang es doch, dass gegen 11 Uhr die Arbeit aufgenommen wurde. Am folgenden Tag wurde X. verhaftet. Ihm widerfuhr ein ungewöhnliches Schicksal: Bei der Verhandlung am 13. Juli 1953 vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgericht Halle wurde er freigesprochen, das Gericht folgte nicht dem Vorwurf der Anklage, X. habe Landfriedensbruch begangen, indem er zum Streik aufgerufen habe.⁶² X. erhielt sogar Haftentschädigung.

Allein die 40 Bauarbeiter des Kreisbaubetriebes in der Baustelle Zementwerk Nienburg streikten noch.⁶³ Das Flanschenwerk Bebitz übernahm inzwischen sogar Sonderverpflichtungen, um den Produktionsausfall vom 17. und 18. Juni aufzuholen.⁶⁴

Durch die Ereignisse bestätigt fühlte sich der einzige Oberschullehrer, der im Mai nicht für eine Entlassung der Schülerin Steinmüller wegen Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde gestimmt hatte: Otto Kersten sen. Er forderte die Einberufung des Pädagogischen Rates, „auf der die Scharfmacher bei den letzten Vorfällen (Junge Gemeinde, Maßregelung von Kollegen) zur Rechenschaft gezogen werden müssten“⁶⁵. Der Tenor der am Nachmittag abgehaltenen Gewerkschaftsleitungssitzung war: Es muss eine andere Arbeiterregierung her.

Sonnabend, 20. Juni 1953

Die Staatsorgane im Kreis konnten im Verlauf der Vormittagsstunde etwas aufatmen – es wurde nirgends mehr gestreikt.

Das VPKA erhielt ein Fernschreiben der BDVP mit dem Befehl, dass ab sofort Passierscheine für alle auszustellen seien, die sich während der Sperrzeit außerhalb ihrer Wohnung oder Arbeitsstätte aufhalten mussten.⁶⁶ Für die Arbeiter und Angestellten waren für die Ausstellung die Betreibe zuständig, für Freiberufler wie Hebammen oder Ärzte das VPKA. Die Passierscheine waren jeweils nur einen Tag gültig und mussten die Worte Passierschein und Uhrzeit in russischer Sprache enthalten.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Symalla, fragte bei der Bezirksleitung an, wie am Sonntag mit dem Gottesdienst zu verfahren sei, da der Ausnahmezustand ja Menschenansammlungen verbot. Der Bernburger Oberpfarrer hätte ihn informiert, dass nach einer Mitteilung des Hohen Kommissars an die Kirchen Gottesdienste gestattet seien.⁶⁷

⁶⁰ BstU, Außenstelle Halle, AST 4459, Beiakte, Bl. 48

⁶¹ BstU, Außenstelle Halle, AST 273/54, Bl. 9

⁶² BstU, Außenstelle Halle, AST 4459, Beiakte, Bl. 47

⁶³ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55 Nr. 1136b, Bl. 87

⁶⁴ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55 Nr. 1136b, Bl. 112

⁶⁵ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/205, Bl. 205

⁶⁶ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/74, Bl. 26

⁶⁷ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55 Nr. 1136b, Bl. 212

Die folgenden Tage bis Ende Juli 1953

Belegschaftsversammlungen

In allen Betrieben wurden Belegschaftsversammlungen abgehalten, die mehrere Funktionen zu erfüllen hatten. Den Arbeitern und Angestellten sollten sie das Gefühl vermitteln, dass nun ihre Kritik gefragt sei – die Funktionäre verfolgten jedoch das Ziel, den „Neuen Kurs“ als den nun tatsächlich richtigen Weg in die „blühende“ sozialistische Zukunft zu vermitteln. Gleichzeitig musste in jedem Betrieb mindestens ein „Rädelsführer“ ausfindig gemacht werden – in dieser Gruppe von Männern und Frauen wurde gleichsam der Klassenfeind und die Schuld am Volksaufstand personifiziert. Ulbrichts Äußerung in einer Besprechung zwischen Vertretern der Regierung und geladenen Gästen in Halle am 24. Juni 1953 gab hierfür die Richtlinie: „Was unseren Standpunkt zu den Verhafteten betrifft, so werden diejenigen, die etwas verbrochen haben, bestraft werden. Die anderen, die nur mitgeschrien haben, wird man wieder frei lassen. Wir haben kein Interesse an der Ausübung von Massenrepressalien.“⁶⁸ Albrecht Webel (Bernburg) erinnert sich an den Verlauf einer solchen Versammlung im VEB Saalemühlen Bernburg: „In einer extra dazu einberufenen Belegschaftsversammlung wurde in rüdester Weise der Schlosser Willi Hellmuth als „Volksschädling“ vorgestellt und dessen sofortige fristlose Entlassung als Provokateur gefordert. Keiner der Anwesenden fand den Mut aus Angst vor zu erwartenden Folgen sich für den unbescholtenen und allseitig beliebten Kollegen einzusetzen. Willi Hellmuth musste nach der Urteilsverkündung als Provokateur das Betriebsgelände sofort verlassen. Wenige Tage danach floh er mit seiner Frau in die BRD.“⁶⁹ So oder ähnlich lief die Prozedur in vielen Betrieben ab.

Ausnahmestand

Das Kriegsrecht diktierte den Tagesablauf der Bürger.

Der Ausnahmestand wurde im Kreis Bernburg am 22. Juni etwas gelockert, Sperrzeit war nun nur noch von 22 bis 4 Uhr. So ruhig schätzten aber die sowjetischen Besatzer die Lage im Kreis wohl nicht ein – das Kriegsrecht galt immerhin bis zum 29. Juni. Nur in Bitterfeld, Halle und Merseburg bestand er länger.⁷⁰

Schüsse

Zu einem tätlichen Angriff auf Polizisten kam es in der Nacht vom 22. zum 23. Juni 1953. Der Polizeibericht vermeldet: „Die zur Sicherung der Brücke Gnölbzig/Nelben eingesetzten Brückenposten der Trapo und KVP wurden gegen 1 Uhr durch unbekannte Täter mit Steinen beworfen. KVP gab daraufhin 7 Schüsse ab. Die daraufhin erfolgte Durchkämmung des Geländes blieb erfolglos. Ein KVP-Angehöriger desselben Kommandos hatte sich in den Nachmittagsstunden des 22.6.1953 in Könnern betrunken, dabei war ihm die Waffe abhanden gekommen. Untersuchungen sind von der KVP eingeleitet.“⁷¹

Kaliwerk Friedenshall

Zu längeren Arbeitsniederlegungen war es 18. und 19. Juni im Kaliwerk Friedenshall nicht gekommen. Dafür beunruhigten Massenaustritte aus der SED die Funktionäre – insgesamt 56 Arbeiter gaben das SED-Mitgliedsbuch ab – eine ungewöhnlich hohe

⁶⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/611, Bl. 97

⁶⁹ Webel, Albrecht: Erinnerungsbericht vom 29.01.2003

⁷⁰ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/611, Bl. 144

⁷¹ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/74, Bl. 112

Zahl. Ebenso beunruhigend war die Zahl der Austritte aus der DSF: es waren im Werk über 30, darunter auch SED-Genossen.⁷² Die Betriebsparteileitung begründete diese Erscheinung mit der früheren SPD-Mitgliedschaft der meisten Ausgetretenen – als früherer Solvay-Betriebsteil sei das auch historisch bedingt. Eine solche Erklärung genügte aber der Kreisleitung nicht. Sie kritisierte die BPL, weil sie nicht erkannt habe, dass es sich um eine organisierte Angelegenheit gehandelt hätte.⁷³ Ein Beleg für die Kreisleitung: „Dass es sich um eine organisierte Angelegenheit von Schumacher handelt, geht auch aus der Erklärung des ehemaligen Mitglieds unserer Partei, Otto Wartmann hervor, der seinen Austritt aus der Partei mit den Worten begründete, er habe noch sein altes SPD-Buch und dasselbe sei ihm mehr wert als unser Parteidokument und in Preußnitz gibt es noch 75 Genossen, die seiner Meinung sind.“⁷⁴

Auch bei den verbliebenen SED-Genossen war die Stimmung ziemlich schlecht. Der Versammlungsbesuch zwischen dem 20.6. und 10.7. lag unter 25% der Mitgliedschaft, so dass teilweise sogar Versammlungen ausfallen mussten. Massiver Einsatz von Kreisleitungsfunktionären und Einzelaussprachen hatten auch kaum zu einem Erfolg geführt; nur 6 traten wieder in die SED ein. Auch hier witterten die SED-Funktionsträger wieder die SPD als Feind: „Als Drahtzieher dieser Aktion werden ehemalige SPD-Leute vermutet, die zum Teil ihre Bücher nicht abgegeben haben.“⁷⁵ Zu alledem verweigerten Arbeiter massenhaft die Beitragszahlungen für SED, FDGB, DSF.⁷⁶

Mitte August 1953 fertigte die Bezirksleitung der SED eine umfangreiche Analyse der „Feindarbeit im Kaliwerk Friedenshall Bernburg“ an.⁷⁷ Aus dem detailreichen Material seien nur die wichtigsten Eckzahlen aufgeführt:

Belegschaftsstärke:	1.600
SED-Mitglieder:	500
<hr/>	
Zahl der Ausgetretenen:	50
davon SED nach 1946:	18
zuvor KPD:	6
zuvor SPD:	26
<hr/>	
darunter mehr als 20 Jahre im Betrieb:	37
Hauseigentümer vom Solvay-Konzern:	8

Kreisfriedensrat

Der Kreisfriedensrat unter Wilhelm Trebing musste faktisch seine Arbeit einstellen, „da niemand aktiv mitarbeitet. Die Zeitschrift „Friedenswacht“ wird bis zu 75% aus den Betrieben zurückgegeben. So wurden z.B. vom Bahnhof Bernburg sämtliche Exemplare abbestellt und von der Deutschen Notenbank sowie von der Sparkasse Bernburg jegliche Annahme derselben verweigert.“⁷⁸

⁷² LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung, IV/403, Nr. 263, Bl. 105

⁷³ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/1133, Bl. 141

⁷⁴ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung, IV/403, Nr. 263, Bl. 106

⁷⁵ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/1141, Bl. 90

⁷⁶ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1142a, Bl. 110

⁷⁷ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/740, Bl. 24...29

⁷⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55 Nr. 1142a, Bl. 218

Flugblätter und Parolen

Vereinzelte Flugblätter mit „feindlichem“ Inhalt hielten weiterhin die Staatsorgane in Atem. Mitte Juli 1953 fand man eines in einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in Bernburg. Es war in deutsch und russisch zu lesen:

Freund!

In diesem Flugblatt wendet sich der Freiheitsbund für deutsch-russische (nicht sowjetische) Freundschaft zu den sowjet-russischen Truppen mit der Aufforderung, nicht in das Volk zu schießen. Wir schließen das Flugblatt mit folgenden Worten:

Schieße nicht in das Volk, weder in das eigene noch in das unsere!

Sei Mensch vor allem, in allen Deinen Handlungen!

1. Versuche es überall, wo Du es kannst, Dich mit unseren Arbeitern und Bauern zu verbrüdern.
2. Glaube nicht der kommunistischen Propaganda, wir glauben ihr auch nicht.
3. Wir wenden uns gleichzeitig zu unserem deutschen Volk, damit sich dasselbe zu Dir, Soldat und Offizier der Sowjet-Armee, im Unglück verhält, obwohl Du bewaffnet bist und wir nicht. Unsere Leidensjahre werden dann zu Ende gehen, wenn Du Deine Waffen nicht gegen das werktätige Volk, sondern gegen das blutige Regime, gegen unsere Unterdrücker richten wirst.

Freund! Es ist unsere Aufgabe, eine Verbrüderungskampagne mit den russischen Arbeitern und Bauern, die jetzt in der Sowjetuniform stecken, anzufangen. Trachtet auf irgendwelche Weise, dieses Flugblatt in die Hände oder in die Nähe der russischen Sowjetsoldaten und Offiziere, ohne Dich größerer Gefahr auszusetzen, zu bringen.

Wir müssen die Sowjetarmee für die Sache der Freiheit gewinnen!

Freiheit der Deutsch-russischen (nicht sowjetischen) Freundschaft!

Deutscher Vorsitzender: O.E.H. Becker

Russischer Vorsitzender: A. Truschnowitsch⁷⁹

Ende Juli 1953 tauchen wieder vermehrt „Schmierereien“ mit Inhalten wie: „Nieder mit Pieck“ und „Nieder mit Grotewohl“. Aber es gab natürlich auch das: Hakenkreuze, mehrere Meter groß und mit fester Farbe aufgebracht, auf der Straße von Altenburg nach Nienburg.⁸⁰

Neue Probleme

Kaum waren die Massen einigermaßen beruhigt, taten sich neue gewaltige Probleme für den Staats- und Parteiapparat auf. Mit einer großangelegten Hilfsaktion gab es für ostdeutsche Bürger in Westberlin US-amerikanische Lebensmittelpakete, nachdem die Staatsführung ein offizielles Hilfsangebot aus den USA für die Hunger leidende DDR-Bevölkerung abgelehnt hatte. Die katastrophale Kohleversorgung ließ nichts Gutes ahnen für den kommenden Winter, da bereits im Juli Produktionslinien wegen Kohlemangels stillgelegt werden mussten, wie in den VEB Ziegel- und Schamottewerke Beesenlaublingen.⁸¹ Außerdem bereiteten unregelmäßige und zuweilen über mehrere Stunden dauernde Stromabschaltungen Grund für allgemeinen Unmut.⁸²

Ein Problem löste sich jedoch Anfang August. Staatspräsident Wilhelm Pieck war seit Anfang Juni nicht in der Öffentlichkeit aufgetaucht, wilde Spekulationen kursierten. Nun wurde er in der Presse wie ein Held nach der Rückkehr von einer angeblichen Kur aus der Sowjetunion begrüßt; die Kreisparteiaktivtagung Bernburg sendete am 2.8. einen mit allen 218 Stimmen angenommenes Begrüßungstelegramm.⁸³

⁷⁹ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/3/1141, Bl. 167

⁸⁰ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1143, T.a, Bl. 19

⁸¹ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1142, T.a, Bl. 108

⁸² LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1143, T.b, Bl. 21

⁸³ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1143, T.b, Bl. 105

Auf dem Lande

Die Rückgängigmachung der Quasi-Enteignung der Großbauern verlief keineswegs problemlos. Großbauer Böhler aus Gramsdorf saß immer noch im Zuchthaus – wegen angeblicher Nichteinhaltung des Anbauplanes, Nichteinhaltung des Landarbeiterschutzes, Schiebung u.s.w. war er zu 6 Jahren Zuchthaus und Vermögenszug verurteilt worden. Im Kreisleitungsbericht vom 23.7.1953 heißt es dazu: „Von bestimmten Kräften im Ort wurde eine Resolution verfasst, die ein Großteil der Einwohner des Ortes unterschrieb. Darin wurde die sofortige Entlassung des Großbauern Böhler aus der Haft und die Rückgabe seines Betriebes gefordert. Zu bemerken ist hierbei, dass der Bürgermeister dieser Gemeinde stark mit den Großbauern sympathisiert. ... Der Bürgermeister (Gen. Hermann) wird durch die Partei von seiner Funktion zurückgezogen. Die gesamte Hetze im Ort richtet sich gegen die LPG.“⁸⁴

Die Geschichte dieser bisher völlig der Vergessenheit anheim gefallenen Aktion verlangt zumindest für den Kreis Bernburg eine eigene Erforschung.

Der Reflex der Ereignisse im Kreis Bernburg in der Presse

Die meisten Zeitungen in der DDR waren „Organe“ der SED, der Blockparteien oder der sog. Massenorganisationen. Die „Freiheit“ mit einem Regionalteil für den Kreis Bernburg war das Sprachrohr der SED-Bezirksleitung bzw. der Kreisleitung, die Betriebszeitungen das der Betriebsparteileitungen. Es ist nicht verwunderlich, dass man beim Studium dieser Quellen buchstäblich nichts von den tatsächlichen Vorgängen erfährt. Dennoch kann das „Machtinstrument Presse“ heute noch interessante Rückschlüsse auf das Funktionieren und das Selbstverständnis des SED-Apparates liefern.

Die Freiheit

Am Montag, dem 15.06.53, jubilierte der Leitartikel: „In der Republik, in Westdeutschland und in der ganzen Welt – lebhaft Zustimmung zu den Beschlüssen des Politbüros und des Ministerrates“. Die Bernburger Seiten vermeldeten „Gute Arbeit bei der Durchführung des Karl-Marx-Jahres im VEB „Sodawerke Karl Marx““ und „Die Bewohner des Hauses Christianstr. 14 bildeten ihre Hausgemeinschaft“, flächendeckend sollte diese Aktion der Nationalen Front bis zum 24.6. beendet sein.

Am Dienstag, dem 16.06.53 und am Mittwoch, dem 17.06.53 werden „Stimmen zu den Beschlüssen...“ abgedruckt – Tenor: „Eine erhebliche Verbesserung unserer Lebenslage“ und „Eingeständnis der Fehler festigt das Vertrauen“. Zu spät – auch die Presse konnte durch ihre Demagogie den Willen des Volkes nicht mehr brechen. Was die Arbeiter im Kreis Bernburg wirklich in dieser Zeit bewegte, findet sich nicht in der „Freiheit“. Nach dieser wollten die „Nienburger Zementwerker auch im II. Quartal Sieger“ sein und war das „Kaliwerk Friedenshall beispielgebend bei der Normalisierung des Krankenstandes“.

Mit der „Freiheit“ flatterte am 22. Juni 1953 den Einwohnern des Kreises Bernburg als Sonderblatt der 2. Befehl des sowjetischen Militärkommandanten des Kreises und der Stadt Bernburg Dsuliaschwili, Oberstleutnant in die Häuser. Generell dient die Berichterstattung nach dem 17. Juni gerade auch der Unterscheidung von Gut und Böse. Gut waren die Arbeiter des Sodawerkes, die nicht streikten, böse war Max Sack, der die Arbeiterpartei spalten wollte.⁸⁵ Gut war Bäuerin Schnitzger aus Beesedau, die sich vertrauensvoll an die SED-Kreisleitung gewendet hatte, böse war Großbauer Meißner, der dies nicht tat.⁸⁶ Der Bernburger Stadtrat Wilhelm Trebing,

⁸⁴ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1142, T.b, Bl. 70

⁸⁵ Freiheit, Ausgabe Bernburg, vom 30.6.1953, Seite 8

⁸⁶ Freiheit, Ausgabe Bernburg, vom 11.7.1953

der gleichsam das Gewissen Stalins im Kreis Bernburg darstellte, äußerte sich exponiert zu einer der rätselhaftesten Legenden vom Volksaufstand überhaupt in der „Freiheit“ vom 29.6.53: „Die Bestie Erna Dorn war auch an der Ermordung der 1600 Frauen in Bernburg schuld.“ Die Identität von Erna Dorn ist bis heute ungeklärt. Mit dieser Frau, die als „SS-Kommandeuse von Ravensbrück“ aus dem Zuchthaus in Halle befreit worden sein und danach zu Hallenser Demonstranten gesprochen haben sollte, diente der SED-Propaganda zur Begründung des faschistischen Charakters des „Tages X“.⁸⁷ Wilhelm Trebing schlägt hier einen Bogen vom Volksaufstand in Halle zu den Massenmorden in der Bernburger Nervenklinik im Rahmen der Aktion 14f13 1941/43.

Betriebszeitung der Sodawerke

Als bedeutender Schwerpunktbetrieb konnte sich die SED-Betriebsparteiorganisation der Sodawerke mit „Das Friedenswerk“ in Aufmachung und Auflage (zuweilen bis 1600 Stück) eine komfortable Zeitung leisten. Pikanterweise war im Juni 1953 ein gewisser Paul Radtke verantwortlicher Redakteur, ein Mann, der jetzt zum inneren SED-Zirkel gehörte, den alten Solvay-Arbeitern aber noch als Höfling der NSDAP-Zeit bekannt war. Mit seinem Artikel in der „Freiheit“ gab er den Anstoß für die Inhaftierung von Max Sack. Kein Wort findet man über die beträchtlichen Unruhen im Werk. Dafür aber kommt die Ausgabe vom 15. August 1953 sogar in russischen Lettern daher: „Sowjetische Sodawerker grüßen uns“. Viel Liebe zu dem Land, das 1948 das ganze Werk abbauen ließ, wird auch dieser Brief nicht erzeugt haben.

Betriebszeitung des Kaliwerks Friedenshall

Die Zeitung „Unser Ziel“ ist leider nicht vollständig überliefert. Die nach dem 17. Juni erste im Betriebsarchiv der Esco GmbH vorhandene Ausgabe stammt vom 1.8.53. Der Parteisekretär Franz Brauns nimmt zu einigen Forderungen, die also auch in diesem Werk formuliert worden waren, Stellung. Er watscht die Forderung nach Gehaltskürzungen für exponierte SED-Genossen als „plumpe und dreiste Riasforderung“ ab, bezeichnet Forderungen nach Preissenkungen in den HO-Läden um 40 %, nach Wegfall von Parteiliteratur als „Forderungen der Faschisten“ und legt den Kumfels ein Ulbricht-Zitat ans Herz: „Beginnt mit der Kritik am eigenen Arbeitsplatz und der Erfolg wird nicht ausbleiben.“

Personelle Konsequenzen von Max Sack bis Erich Streber

Im Sprachgebrauch der Polizei, der Stasi und der SED hießen die Oppositionellen: Terroristen, Provokateure, Aufrührer, Banditen, faschistische Banden, Agenten, Gangster.⁸⁸ Die wichtigsten Leute unter ihnen mussten dingfest gemacht oder anderweitig bestraft werden, sofern sie noch nicht in den Westen geflohen waren. Der Fall Max Sack sollte für den Kreis Bernburg besondere Bedeutung erlangen.

Dass auch die Machtzentralen im Kreis Bernburg vorab wussten, wer potentiell bei einem eventuellen Aufstand als Anführer in Frage käme, zeigt ein Satz aus dem Monatsbericht für den Juli 1953 der Kreispartei kontrollkommission, der lautet: „Wenn es in der Sodafabrik Bernburg im Verhältnis zum Kaliwerk Friedenshall scheinbar ruhiger ist, so ist das nach unserer Meinung darauf zurückzuführen, dass wir in der Zeit der kritischen Tage den hauptsächlichen Wortführer der Schumacherelemente, Max Sack, vorübergehend für einige Stunden durch die Genossen des MfS festnehmen

⁸⁷ Ausführlich zu Erna Dorn in: Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! – Bremen, 2003

⁸⁸ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/75, Bl. 1...27

ließen und ihm unmissverständlich zu verstehen gaben, dass, wenn das geringste in den Sodawerken vorkommt, er sofort als erster zur Rechenschaft gezogen wird.“⁸⁹ Max Sack schilderte in einem Brief an Walter Ulbricht vom 10.7.1962 (ein letzter verzweifelter Versuch sein enteignetes Haus Zimmerstr. 13 zurückzuerhalten) diese Vernehmung. Am 21. Juni, 23.45 Uhr wurde er demnach von 2 Personen aus dem Bett geholt und anschließend von der Stasi bis 4.30 Uhr vernommen. Man hatte befürchtet, dass am 22. Juni im Sodawerk gestreikt würde, woraufhin Max Sack anheim stellte, den Betrieb nicht mehr zu betreten, bis in der DDR wieder Ruhe eingekehrt sei. „Trotzdem bat man mich, wieder in den Betrieb zu gehen, denn ich wäre der Mann, der für Ruhe und Ordnung sorgt.“ Am 22. Juni nahm Max Sack wie gewohnt früh um 7 Uhr seine Arbeit auf. Beide Quellen widersprechen sich in der Aussage, beweisen aber, welche zentrale Rolle Sack im größten Betrieb des Kreises Bernburg spielte.

Max Sack gehört zu den „Provokateuren“, die sehr spät im Zusammenhang mit dem Volksaufstand inhaftiert wurden. Und vielleicht war er der einzige überhaupt, der weder an einem Streik beteiligt war, noch dazu aufgerufen hatte. Ein Artikel in der Freiheit vom 30.6.1953 gab den Anstoß zu Sacks Inhaftierung weitere zwei Monate später. Der Artikel ist überschrieben mit „Die Sodawerker standen auf der Seite des Friedens“, sein Verfasser war Paul Radtke, Volkskorrespondent für die „Freiheit“ und verantwortlicher Redakteur der Betriebszeitung der Sodawerke. Radtke vertritt eine besondere Sorte der Spezies Mensch, der man in der Geschichte immer wieder bei großen gesellschaftlichen Umschwüngen begegnet – in den Jahren 1989/90 nannte man sie „Wendehälse“. Im Sodawerk war allgemein bekannt, dass Radtke sich in der Nazizeit sehr wohl der herrschenden politischen Macht andienerte. Nun bezichtigt er in dem „Freiheit“-Artikel ausgerechnet Max Sack, der auch in der Hitler-Zeit seiner sozialdemokratischen Gesinnung treu geblieben war, ein zweites 1933 vorbereiten zu wollen. Am Tag danach standen sich beide im Sodawerk gegenüber, der Streit eskalierte, Max Sack spuckte Radtke ins Gesicht und versetzte ihm eine Ohrfeige. Wie reagierten die Gewerkschafts-, Partei- und Werksleitung? Sie entließ – Radtke, wegen Störung des Betriebsfriedens. Als der Kreisleitung das bekannt wurde, revidierte sie die Entscheidung sofort und bewertete Max Sacks Attacke als Angriff auf die Staatsmacht. In der „Freiheit“ vom 18.8.1953 wurde die gesamte BPL kritisiert und Sacks Verhaftung quasi ideologisch vorbereitet. Die erfolgte am 28.8. Max Sack war in der berüchtigten Untersuchungshaftanstalt Roter Ochse Halle inhaftiert. Am 3.9.1953 erschien dann in der „Freiheit“ der zugehörige Hetzartikel gegen Sack: „Provokateur Sack musste gehen. – Parteiaktiv des VEB Sodawerke Bernburg entlarvte Ostbüro-Agenten – Schärfster Kampf gegen Sozialdemokratismus notwendig“. Darzustellen, was Max Sack und seine Familie in den kommenden Jahren an Demütigungen zu erleiden hatten, sprengt den Rahmen dieser Abhandlung.⁹⁰ Nur soviel: Max Sack wurde am 20.1.1954 in Halle zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Verstoßes gegen Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykotthetze) sowie zum teilweisen Vermögensentzug verurteilt. Letzteres bezog sich auf sein kleines Haus Zimmerstraße 13. Die Verwaltungsbuchhaltung des Bezirksgerichts stellte allein für den Akt der Vermögensentziehung 10% des Wertes als Gebühr in Rechnung: 2.100 DM, womit die Familie auch finanziell ruiniert war. Am 13.2.1954 sollte Max Sack wiederum auf einer Bezirksseite der „Freiheit“ als Beispiel herhalten, wie man mit Feinden verfährt. Der Artikel war diesmal überschrieben: „Der Agent Sack – ein Verräter der Arbeiterklasse“. Max Sack verbüßte seine Haft in Waldheim bis zum Mai 1956. Er wohnte fortan bis zu seinem Tod 1975 in seinem Haus als Mieter. Die Erben erhielten erst nach der Wende das Grundstück zurück. Das Andenken an Max Sack wird vor allem im

⁸⁹ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403/263, Bl. 105

⁹⁰ umfangreiches Material zu Max Sack bewahrt das Kreisarchiv Bernburg auf

Spielmannszug 1902 e.V. Bernburg gepflegt, dessen Vorsitzender und Stabführer Sack jahrzehntelang war.

Man sollte meinen, dass Ehrhard Wiehle, der am 17. Juni die Seilbahn der Sodawerke abgestellt hatte, eine schwere Strafe erhielt. Dem war aber nicht so. Wiehle wurde zwar verhaftet. Da er sich aber zum Geheimen Mitarbeiter, die späteren IM, verpflichten ließ, kam er bald wieder frei. Im November 1953 suchten ihn jedoch die Genossen vergebens – Wiehle hatte sich in den Westen abgesetzt.⁹¹

Außer Max Sack wurde auch der Brigadier Trauzettel aus dem Steinbruch des Sodawerkes entlassen. Ihm wurde v.a. zur Last gelegt, im Juli gemeinsam mit Max Sack einen Streik vorbereitet zu haben. Trauzettel hatte in der Kantine geäußert, hinter Sack stünden 40.000 Mann.⁹²

Mehrere Genossen erhielten Parteistrafen. Die Parteileitung wurde personell stark verändert.⁹³

Die Kreisleitung der SED gab der BGL des Kaliwerks Friedenshall Auftrag und Anleitung 5 „faschistische Elemente“ aus dem Betrieb zu entfernen.⁹⁴

Ende August 1953 kann die Kreisleitung frohlocken: „Wie in der Sodafabrik und Friedenshall beginnen jetzt die Parteileitungen anderer Parteiorganisationen selbständig, den Kampf gegen Provokateure und andere feindliche Elemente aufzunehmen, so dass gesagt werden kann, dass die gesamte Kreisparteiorganisation die Depression überwunden hat und in die Offensive übergegangen ist.“⁹⁵ Auch die SED-Kreisleitung selbst entfernte 5 Genossen wegen deren passiven oder gar provokatorischen Verhaltens aus ihren Reihen.⁹⁶

Die äußerst mutigen Reden des Kreisschulrates Wolfgang Rückriem erregten auch in der SED-Bezirksleitung Aufmerksamkeit. Die Bezirksparteikontrollkommission urteilte am 26. Juni in Auswertung eines Berichtes aus Bernburg: „Aus der Diskussion kann angenommen werden, dass er mit Schumacheragenten des Westens zusammenarbeitet.“ Es wurde um schnellste Überprüfung und um Maßnahmen gebeten.⁹⁷ Rückriem wurde dann auch sofort aus der Partei ausgeschlossen, von seiner Funktion entbunden und „in einer Grundschule in den untersten Klassen als Lehrer eingesetzt“.⁹⁸

Der Biendorfer Lehrer Friebe, der den Bürgermeister bei der Verkündung des Ausnahmezustands attackiert hatte, wurde mit dreimonatiger Verspätung aus dem Schuldienst entlassen. Für diese Zeitverzögerung erhielt das Kreisschulamt von der KPKK das Prädikat „Versöhnlichkeit“. Zuvor hatten 73 Biendorfer eine von Schülern initiierte Solidaritätsadresse für Friebe unterschrieben.⁹⁹

Der stellvertretende Schulleiter der Grundschule Könnern hatte in einer FDJ-Versammlung den Rücktritt der Regierung gefordert. Dies wurde in der Analyse über

⁹¹ BstU, Außenstelle Halle, AST 902/53, Bl. 4...9, 20...24, 32

⁹² BstU, Außenstelle Halle, AST 317/53, Bl. 19

⁹³ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 112

⁹⁴ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 111

⁹⁵ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 113

⁹⁶ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 114

⁹⁷ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 80

⁹⁸ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 141

⁹⁹ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 263, Bl. 118

kapitulantenhaftes Verhalten der KPKK von Bruno Hinz als „besonders krasser Fall“ eingestuft. „Richter erhielt durch die Grundorganisation eine strenge Rüge mit Entzug seiner Funktionen.“¹⁰⁰

Unter den eigenen Funktionären gab es Strafen milderer Härte, sofern sich die Betroffenen selbstkritisch verhielten. Eine solche Verfahrensweise disziplinierte vorzüglich. Der Sekretär der BPO Sodawerke, Gerhard Premke, beispielsweise, erhielt eine Missbilligung wegen Unterschätzung der Parteinformation.¹⁰¹

Im September 1953 wurde auch der Bernburger Bürgermeister Erich Streber von der SED zurückgezogen. Streber war vor Gründung der SED Mitglied der SPD. Für ihn kam ein junger Mann aus Burg, der 20 Jahre lang Stadtoberhaupt blieb: Ernst Messerschmidt. Er war Mitglied der LDPD. Auf Anfrage in des Stadtrats Trebing gab er zu, bis 1945 NSDAP-Mitglied gewesen zu sein.¹⁰²

Ein Jahr danach

Am 9.6. gab der Chef der DVP im Bezirk Halle den Befehl Nr. 16/54 an alle Kreisdienststellen heraus.¹⁰³ Es heißt: „Vor nunmehr einem Jahr, am 9. Juni 1953, verkündete das Zentralkomitee der SED und am 11. Juni die Regierung der DDR die Politik des neuen Kurses. Im Ergebnis der großen Anstrengungen und der heroischen Arbeitsleistungen unserer Werktätigen und der uneigennütigen Hilfe der Sowjet-Union hat sich in diesem Jahr die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in der DDR beträchtlich verbessert...“. Im Punkt 1 des Befehls wurde klar gemacht, dass der Charakter des „faschistischen Putschversuches“ in Versammlungen und Polit-Informationen darzulegen ist. Vom 16.6.54 0 Uhr bis 18.6.54, 24 Uhr wurde für die gesamte DVP erhöhte Einsatzbereitschaft angeordnet.¹⁰⁴ Die Kirche blieb nach wie vor ein argwöhnisch beobachteter potentieller Feind, ein Fall für die Kriminalpolizei. Punkt 16 des Befehls lautet dann auch: „Durch die Genossen der Kriminalpolizei ist in Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Abt. Paß- und Meldewesen und den ABV's, die Tätigkeit der Kirche und der „Jungen Gemeinde“ zu beachten, deren Veranstaltungen sind zu überwachen.“¹⁰⁵

Auch die SED-Kreisleitungen hatten sich auf das neue Verhältnis zur Kirche eingestellt. Im November 1953 kam es in Halle einem Erfahrungsaustausch der Kirchensachbearbeiter. Die Festlegungen, die in einem streng vertraulichen Papier an die Kreisleitungen gegeben wurden, waren im Juni 1954 natürlich noch gültig. Die wichtigsten Aufgaben waren darin wie folgt aufgelistet:

1. Die Unterschätzung der Kirchenfrage muß unbedingt beseitigt werden. ...
2. Druckgenehmigungen dürfen ohne Genehmigung der VP und Absprache mit dem Referat für Kirchenfragen und dem Sekretär beim Rat des Kreises nicht erteilt werden.
3. Das Studium der kirchlichen Basis ist besonders in nächster Zeit zu verstärken.
4. Es sind sofort Erhebungen anzustellen über kirchliches Eigentum...
10. Eine Aufstellung sämtlicher Pfarrer und sonstiger Geistlichen mit einer Beur-

¹⁰⁰ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/4/1133, Bl. 141

¹⁰¹ LHASA, Abt. MER, Bezirksleitung der SED Halle, Nr. IV/2/55/1143b, Bl. 15

¹⁰² Ebersbach, Volker: Geschichte der Stadt Bernburg, Bd.2. – Dessau, 2000, S. 280

¹⁰³ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/76, Bl. 88

¹⁰⁴ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/76, Bl. 89

¹⁰⁵ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/76, Bl. 92

teilung derselben fertigen.

11. Die Vorsitzenden der Kreise haben mit den Kircheleitungen mindestens vierteljährlich eine Aussprache durchzuführen.¹⁰⁶

Und so saßen denn auch die Genossen in den Predigten und schrieben fleißig mit. Zufrieden waren sie, wenn die Pfarrer sich nicht zu offensichtlich gegen die bestehende Ordnung erklärten. So schrieb ein Spitzel über den Kreiskirchentag am 5.9.1954 in der Bernburger Martinskirche: „Nach meinem Ermessen konnte nicht jeder Mensch so schnell folgen, um das Gehörte auf die jetzige Zeit anzuwenden.“¹⁰⁷ Unter besonderer Beobachtung blieben aber die Pfarrer mit den deutlicheren Worten. Darunter befand sich der Trebnitzer Pfarrer Kauermann, der der FDJ zwar kircheneigene Räume zur Verfügung stellte, aber hartnäckig verhinderte, dass an den Wänden Losungen und „Bilder unserer Regierung“ aufgehängt werden. Eine Charakterisierung über ihn in den Beständen der SED-Kreisleitung trägt denn auch den Titel „Und so etwas nennt sich Seelsorger!“¹⁰⁸

Die Zeitungen feierten ebenfalls den Jahrestag der Verkündung des Neuen Kurses. In der Bernburger Ausgabe der „Freiheit“ zog der Vorsitzende des Rates des Kreises Bernburg, Genosse Fritz Hädecke, eine mit vielen Zahlen belegte positive Bilanz.¹⁰⁹ Er resümierte: „Die Menschen kleiden sich heute solider, sie können mehr und besser essen, weil ihre Einkünfte gestiegen sind und das Warenangebot sich bedeutend vergrößert hat.“ Als Zeichen der Stabilisierung der Versorgung mit Nahrungsmitteln sieht er den am 9.6.1954 erstmals in Bernburg durchgeführten Bauernmarkt. Offenkundig trug dazu auch die Rücknahme der Quasi-Enteignungen auf dem Lande bei: „Zurückgegeben wurden 37 Betriebe mit zusammen 1340 ha, davon sieben Betriebe an zurückgekehrte Bauern.“ Nach Hädeckes Angaben seien innerhalb eines Jahres 434 Personen aus dem Westen entweder zurückgekehrt oder neu zugezogen. Angaben über die Bewegung in umgekehrter Richtung machte er nicht.

Zwei Bernburger in Berlin

Abschließend soll der Blick nochmals auf die „große“ Politik gelenkt werden. Zwei Persönlichkeiten, die in der DDR auf unterschiedliche Art prägend ihre Spuren hinterlassen haben und auch 1953 im Brennpunkt der Ereignisse standen, waren Bernburger: Hermann Henselmann und Hilde Benjamin.

Hermann Henselmann (1905-1995)

Im Alter von 4 Jahren kam die Familie Henselmann nach Bernburg, wo der Vater am Markt eine Möbeltischlerei eröffnete. Der älteste Sohn Hermann besuchte die heutige Diesterwegschule; die Eltern lehnten den Besuch des Gymnasiums ab. 1923 ging Hermann Henselmann nach Berlin. In den 50er und 60 Jahren war er der bedeutendste Architekt der DDR. Der Entwurf und Bau der Stalinallee in Berlin war für ihn eine gewaltige Aufgabe. Dass die Bauarbeiter „seiner“ Baustelle das Fanal für den Volksaufstand gaben, ist Zufall. Henselmann erhielt am 19.2.1953 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Bernburg.

¹⁰⁶ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 321, Bl. 17

¹⁰⁷ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 321, Bl. 34

¹⁰⁸ LHASA, Abt. MER, SED-Kreisleitung Bernburg, IV/403, Nr. 321, Bl. 35

¹⁰⁹ „Freiheit“, Ausg. Bernburg, vom 11.6.1954

Hilde Benjamin (1902-1989)

Als Hildegard Lange wurde sie als Kaufmannstochter in Bernburg geboren. Schon in ihrem Kleinkindalter verzog die Familie nach Berlin. 1924 beendete sie ihr Jurastudium und wurde Rechtsanwältin. 1926 heiratete sie den jüdischen Arzt Dr. Georg Benjamin. Ab 1945 war sie am Aufbau des DDR-Rechtswesens beteiligt. Zwischen 1949 und 1953 führte sie 13 Schauprozesse, darunter 1950 den Solvay-Prozess in Bernburg. Ihr unerbittliches und unversöhnliches Auftreten brachte ihr den Beinamen „die rote Hilde“ ein.

Im Juli 1953 wurde Justizminister Fechner abgesetzt, weil er zuviel inhaftierte „Provokateure“ nach kurzer Zeit wieder entlassen habe. Der Posten wurde nun mit Hilde Benjamin besetzt. Welche Meinung man in weiten Arbeiterkreisen über sie hatte, spiegelt die Äußerung eines Arbeiters aus Bitterfeld wieder, nach der man an Fechners Stelle „die rote Hexe ans Ruder gesetzt“ habe.¹¹⁰

Hilde Benjamin wurde anlässlich ihres 65. Geburtstages Ehrenbürgerin Bernburgs.

¹¹⁰ LHASA, Abt. MER, BDVP Halle, Nr. 19/75, Bl. 145

Abkürzungsverzeichnis

ABV	Abschnittsbevollmächtigte (der VP)
BDVP	Bezirksbehörde der DVP
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BPL	Betriebsparteileitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
CDU	Christlich-Demokratische Union (der DDR)
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DVP	Deutsche Volkspolizei
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
HO	Handelsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPKK	Kreispartei kontrollkommission (der SED)
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
RIAS	Radio im amerikanischen Sektor
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SVK	Sozialversicherungskasse
UHA	Untersuchungshaftanstalt
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt